

Organisationen vorgestellt

Die Bewegung gegen 'Fundamentalismus' in Bangladesh

Auch in Bangladesh haben islamische Traditionalisten in den letzten Jahren stetig an Einfluß zugenommen. Sie stellen eine nicht zu unterschätzende Bedrohung für das recht instabile politische System dieses Landes dar. Angesichts dieser Bedrohung hat sich zu Beginn des Jahres 1992 eine überparteiliche BürgerInnenbewegung konstituiert, die sich gegen die Islamisten wendet: das 'Ghatak Dalal Nirmul Committee', ein Komitee "für die Verwirklichung der Ziele des Unabhängigkeitskrieges und für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure von 1971". Schon dieser Name deutet an, daß eine Beschreibung der Ziele dieser BürgerInnenbewegung am besten durch einen kurzen geschichtlichen Rückblick zu leisten ist.

Am 16. Dezember 1971 war der Krieg um die Unabhängigkeit "Ostpakistans" von Pakistan beendet. Die pakistanische Armee kapitulierte und es entstand der unabhängige und souveräne Staat Bangladesh. In der ersten Verfassung

Bangladeshs finden sich die Ziele der Unabhängigkeitsbewegung als vier Staatsprinzipien: Nationalstaatlichkeit, Sozialismus, Demokratie und Säkularismus, ein Ziel, das an die jahrhundertalte säkulare Tradition der bengalischen Gesellschaft anknüpft.

Im Kampf um die Unabhängigkeit, der neun lange Monate dauerte, wurden fast drei Millionen Menschen getötet, 200.000 Frauen wurden von pakistanischen Soldaten und ihren Kollaborateuren vergewaltigt, fast zehn Millionen Menschen (meist Hindus) mußten nach Indien fliehen.

Bekämpft wurde die Unabhängigkeitsbewegung jedoch nicht nur vom pakistanischen Militär, sondern auch von islamisch-fundamentalistischen Kräften, namentlich der 'Jamaat-e-Islami', die erstmals bei den Wahlen im Jahre 1970 in Erscheinung trat. Mit ihrer militärischen Organisation 'Rajakar-Albadar-Alsams' ging diese fundamentalistische Partei mit äußerster Brutalität gegen die säkular orientierte Unabhängigkeitsbe-

wegung vor. Am 14. Dezember 1971 wurden fast alle führenden säkularen Intellektuellen (ProfessorInnen, KünstlerInnen, JournalistInnen) in einer gezielten Aktion von bewaffneten Kräften der 'Jamaat-e-Islami' ermordet.

Hauptverantwortlich für dieses Massaker und andere Kriegsverbrechen war Golem Azam, der damalige Vorsitzende der 'Jamaat-e-Islami', der schon im August 1971 nach Pakistan floh und dort weiter mit den pakistanischen Militärs kollaborierte.

Nach der Unabhängigkeit Bangladeshs wurde die 'Jamaat-e-Islami' verboten. Azam betrieb seine Politik jedoch aus dem Ausland weiter. So gründete er in London ein Komitee zur Wiederherstellung Ost-Pakistans und setzte sich im Dezember 1972 auf der islamischen Jugendkonferenz in Riad (Saudi-Arabien) für dieses Ziel ein. Im März 1973 auf der islamischen Außenministerkonferenz in Bengazi (Libyen) forderte er die anwesenden Außenminister auf, Bangladesh diplomatisch nicht anzuerkennen.



Islamische Traditionalisten auf dem Vormarsch (Foto: Südasiensbüro)

Zwischen 1973 und 1976 traf er sich sieben Mal mit dem König von Saudi-Arabien, Faisal-Bin-Abdul Aziz, und setzte sich dafür ein, daß Saudi-Arabien Bangladesh nicht anerkennt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die politische Situation in Bangladesh schon verändert. Im August 1975 kommt es zum Militärputsch gegen die linksgerichtete Regierung und Präsident Sheikh Mujib Rahman wird ermordet. Schon im November des gleichen Jahres wird erneut geputscht, die herrschende Clique wird entmachtet und General Zia-ur Rahman übernimmt die Regierungsgeschäfte. Unter Zia-ur Rahman nimmt die 'Jamaat-e-Islami' - mit stillschweigender Unterstützung der Regierung - ihre Aktivitäten wieder auf. Schließlich werden 1978 die Parteien, die gegen die Unabhängigkeitsbewegung gekämpft haben, wieder offiziell zugelassen, also auch die 'Jamaat-e-Islami'. Zia-ur Rahman gründet die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und streicht das Prinzip des Säkularismus aus der Verfassung. Und - ganz zufällig - kam im Jahre 1978 auch der Kriegsverbrecher Golam Azam, ausgestattet mit einem pakistanischen Paß, zurück nach Bangladesh: wegen "familiärer Angelegenheiten". Danach hielt er sich illegal im Land auf.

Im Mai 1981 wird Zia-ur Rahman in Chittagong bei einem gescheiterten Staatsstreich ermordet. Die BNP-Regierung wird zwar geschwächt, kann sich aber mit Hilfe der von General H.M. Ershad geführten Armee an der Macht halten. 1982 wird die Führungclique erneut ausgetauscht - es beginnt die Diktatur Ershads. Unter Ershad wurde 1986 der achte Zusatzartikel zur Verfassung verabschiedet, der ein säkulares Staatsverständnis weiter zurückdrängte, indem der Islam zur Staatsreligion erklärt wurde.

Am wachsenden Einfluß islamischer Traditionalisten konnte auch der Sturz Ershads im Dezember 1990 nicht viel ändern, obwohl sich die Anti-Ershad-Kampagne das gemeinsame Ziel der Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie zum Ziel gesetzt hatte. Bei den Wahlen im Februar 1991 wird die BNP stärkste Partei; Khaleda Zia, die Witwe von Zia-ur Rahman (dem Gründer der BNP), wird Premierministerin. In den gleichen Wahlen wird die 'Jamaat-e-Islami' viertstärkste Partei: sie errang 20 Sitze von 330 bei einer Wahlbeteiligung von 57 Prozent.

Dieses Wahlergebnis sagt allerdings nur recht wenig aus über den Einfluß, den die Islamisten und insbesondere die 'Jamaat-e-Islami' tatsächlich haben. Denn diese agieren heute wieder mit ähnlichen Methoden wie 1971, gewalttätige Angriffe sind mittlerweile an der Tagesordnung. An den Universitäten

kommt es verstärkt zu bewaffneten Übergriffen gegenüber fortschrittlichen StudentInnenverbänden durch die Studentenorganisation der 'Jamaat-e-Islami' namens 'Islamic Chhatra Shibir'. Versammlungen werden mit Waffengewalt angegriffen, StudentInnenführer werden ermordet oder brutal mißhandelt. Dies ist insofern besonders bedeutsam, als daß die studentischen Organisationen eine wesentliche Rolle in der gesamten Demokratiebewegung Bangladeshs spielen.

Zu berücksichtigen ist dabei vor allem aber auch, daß die regierende BNP die Gewalttaten der 'Jamaat-e-Islami' toleriert, wenn nicht gar unterstützt. Militär, Sicherheitskräfte und Verwaltung wurden schon seit der Wiedezulassung der 'Jamaat-e-Islami' systematisch unterwandert, so daß diese Gruppierung mit staatlicher Repression nicht zu rechnen hat, sondern vielmehr mit Sympathie für ihr Vorgehen.

Hierfür gibt es zahlreiche Beispiele, von denen an dieser Stelle nur einige wenige erwähnt werden sollen: Nachdem am 6. Dezember 1992 die Babri-Moschee im nordindischen Ayodhya von Hindu-'Fundamentalisten' (deren Vorgehen ebenso zu verurteilen ist, wie das der Islamisten) zerstört wurde, kam es auch in Bangladesh zu brutalen "Racheakten" von Seiten moslemischer Gruppen. Die 'Jamaat-e-Islami' rief überall in Bangladesh zu (sicherlich berechtigten) Demonstrationen auf. Diese Demonstrationen waren jedoch nur der Ausgangspunkt für gewalttätige Ausschreitungen gegenüber der hinduistischen Minderheit in Bangladesh. 3.000 Frauen wurden vergewaltigt, Häuser angezündet und geplündert, Hindu-Tempel zerstört. Von Seiten der Regierung, von Seiten der Ministerpräsidentin Khaleda Zia, kam kein einziges Wort des Bedauerns. Die Regierung hat diesen Gewalttaten tatenlos zugesehen. Organisiert wurden sie von der 'Jamaat-e-Islami', unterstützt von der Regierung. Beide Parteien sahen in den Gewalttaten in Indien eine willkommene Gelegenheit, um die säkularen Kräfte zu schwächen.

Ein ähnliches Bild zeigt sich angesichts der Morddrohung gegenüber der Schriftstellerin Taslima Nasrin, die sich in ihrem jüngsten Roman "Lajja" mit diesen "kommunistischen Gewalttaten" auseinandersetzt. Am 1. Oktober 1993 riefen islamische Traditionalisten dazu auf, Taslima Nasrin zu ermorden und kündigten an, dem Täter umgerechnet 2.000 DM für diesen Mord zu bezahlen. Auf das Hilfesuch Taslima Nasrins reagierten Polizei und Innenministerium praktisch überhaupt nicht. Stattdessen aber ist der Roman "Lajja" in Bangladesh von der Regierung verboten worden, weil er angeblich religiöse Gefühle

verletze. Hier zeigt sich deutlich, wie die Regierung der BNP mit den Ansichten der 'Jamaat-e-Islami' sympathisiert.

Die Ideologie der 'Jamaat-e-Islami' ist - auch bei aller Vorsicht bei der Verwendung dieses Begriffes - nur als faschistisch zu bezeichnen. Mithilfe ihrer eigenen Koran-Interpretation, die von Moududi, einem verstorbenen islamischen Führer aus Pakistan, entwickelt wurde, wenden sie sich gegen tolerantere religiöse Vorstellungen. Im Namen des Islam verfolgen sie das Ziel einer antidemokratischen, autoritär-patriarchalen faschistischen Gesellschaft; das Ziel ist eine "Islamische Republik Bangladesh".

Sie befürworten die Diskriminierung und Unterdrückung der Frau, einen hierarchischen Gesellschaftsaufbau und erstreben eine diktatorische Staatsführung. Ihr Kampf richtet sich gegen die elementarsten demokratischen Grundrechte und gegen einen säkularen Staat, d.h. sie lehnen die Trennung von Staat und Religion strikt ab. Moududi, der ideologische Führer der 'Jamaat-e-Islami' erklärte ganz offen seine Übereinstimmung mit faschistischen und nationalsozialistischen Ideologien.

Um diese Ziele zu erreichen, hat die 'Jamaat-e-Islami' eine sehr gut organisierte Infrastruktur aufgebaut. Überall! in Bangladesh gibt es Trainingscamps, in denen Jugendliche ideologisch und militärisch geschult werden. Die Partei verfügt auch über eigene Kindergärten, um ihre Indoktrination schon im frühesten Kindesalter betreiben zu können. Die finanzielle Ausstattung und damit auch die Bewaffnung der 'Jamaat-e-Islami' ist - auch durch Unterstützung aus dem Ausland - sehr gut.

Gegen diese wachsende Bedrohung durch Islamisten hat sich am 19. Januar 1992 das 'Ghatak Dalal Nirmul Committee' gegründet, eine überparteiliche BürgerInnenbewegung, die sich den Zielen der Unabhängigkeitsbewegung von 1971 verpflichtet fühlt. Vorsitzende des Komitees ist Jahanara Imam, eine bekannte Schriftstellerin (siehe Interview mit ihr in 'Südasiens', 1-2/94). Ihr Sohn, der auf Seiten der Unabhängigkeitsbewegung kämpfte, wurde im Krieg ermordet, ihr Mann starb an den Folgen brutaler Folterungen.

Der Anlaß für die Gründung des 'Komitees für die Verwirklichung der Ziele des Unabhängigkeitskrieges und für die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Kollaborateure von 1971' war erschreckend genug: Am 28. Dezember 1991 wurde Golam Azam, der Kriegsverbrecher von 1971, erneut zum Vorsitzenden der 'Jamaat-e-Islami' gewählt. Dieser vorläufige Höhepunkt im Prozeß des fortschreitenden 'Fundamentalismus' und der Rehabilitierung der anti-säkularen Kräfte aus dem Befreiungskrieg von

1971 führte dazu, daß kurz darauf von 101 JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, SchriftstellerInnen und anderen Intellektuellen das 'Ghatak Dalal Nirmul Committee' gegründet wurde.

Am 26. März 1992 organisierte die BürgerInnenbewegung ein Tribunal gegen Golam Azam. Dieses Tribunal hatte zwar rechtlich keinerlei bindende Wirkung, sollte aber dazu dienen, öffentlichen Druck auszuüben, damit Azam als Kriegsverbrecher verurteilt wird - genauso wie 28 andere Personen, denen nach der Unabhängigkeit der Prozeß gemacht werden sollen. An diesem Tag demonstrierten in Dhaka, der Hauptstadt Bangladeshs, Hunderttausende für die Eröffnung des Verfahrens und gegen den 'Fundamentalismus', un-

ter anderem auch für ein Verbot der faschistischen 'Jamaat-e-Islami'.

Die Regierung Bangladeshs war jedoch in keiner Weise gewillt, diesen Forderungen nachzukommen. Angesichts der wachsenden Proteste der BürgerInnenbewegung wurde Golam Azam zwar zwei Tage vor dem Tribunal verhaftet, allerdings lediglich wegen des Verdacht es auf illegalen Aufenthalt in Bangladesh - eine Maßnahme die lediglich der Beruhigung der öffentlichen Stimmung dienen sollte. Am gleichen Tag wurde gegen 24 führende Mitglieder des Komitees Anklage erhoben, über die bis heute nicht entschieden ist.

Golam Azam wurde hingegen am 15. Juli 1993 aus der Haft entlassen, nachdem der oberste Gerichtshof die Anklage

für ungültig erklärt hatte, da Golam Azam Anspruch auf die Staatsangehörigkeit erheben könne. Azams Verbrechen während des Unabhängigkeitskrieges und die Gewalttaten der 'Jamaat-e-Islami' waren zu keiner Zeit Gegenstand des Verfahrens. Nach seiner Freilassung konnte Azam triumphieren und erklärte, daß er alle seine Taten während des Krieges 1971 richtig finde und auch heute noch zu ihnen stehe.

Auch an diesem Fall zeigt sich deutlich, wie stark die Sympathien der Regierung für die Islamisten sind. Anstatt den Forderungen der BürgerInnenbewegung nachzukommen, versucht die Staatsmacht vielmehr, diese zu zerschlagen und läßt die Kriegsverbrecher unbehelligt. Trotzdem ist es der BürgerInnenbewegung in der kurzen Zeit ihres Bestehens gelungen, zahlreiche AnhängerInnen zu gewinnen. In allen größeren Städten Bangladeshs gibt es mittlerweile lokale Komitees.

Obwohl diese BürgerInnenbewegung von der internationalen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben ist, haben sich auch im Ausland Unterstützungsgruppen und -komitees gegründet, so zum Beispiel in Großbritannien, den Niederlanden, den USA und auch in Deutschland. Schon am 22. Februar 1992, also kurz vor dem Tribunal gegen Golam Azam, bekundeten 31 JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen und Exil-PolitikerInnen aus Deutschland ihre Solidarität mit der BürgerInnenbewegung und ihren Forderungen. Ihre Erklärung wurde in mehreren Zeitungen in Bangladesh veröffentlicht. Am 28. November 1992 wurde in Frankfurt/Main von mehreren Hundert Personen das 'Bundesdeutsche Komitee zur Unterstützung der BürgerInnenbewegung gegen Fundamentalismus in Bangladesh' gegründet. Dieses Komitee versucht seitdem, durch Veranstaltungen, Seminare, Veröffentlichungen und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Lage in Bangladesh hinzuweisen und so die Unterstützung fortschrittlicher Kräfte in der Bundesrepublik zu gewinnen. Angesichts der Situation in Bangladesh ist die BürgerInnenbewegung dort auf Solidarität und Unterstützung angewiesen.

Sharaf Uddin Ahmed



Unter Zia-ur Rahman nimmt die 'Jamaat-e-Islami' Ende der siebziger Jahre mit stillschweigender Unterstützung der Regierung ihre Aktivitäten wieder auf (Foto: Walter Keller)

"Bangladesh zwischen Demokratie und Fundamentalismus": Eine Fachtagung mit Kulturprogramm des 'Arbeitskreis "Bangladeschi in Niedersachsen"'. Tagungsort: Göttingen. Zeitpunkt: 10.-12. Juni 1994. Weitere Auskünfte: Bangladeschi in Niedersachsen in der IJK e.V., Scheidestr. 24, 30625 Hannover.